

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Rates vom 02.03.2022

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

**Resolution zum völkerrechtswidrigen Verhalten Russlands in der Ukraine-Krise
- Antrag der Fraktionen CDU und SPD**

Vorlage Nr. AT 183/2022 A

Beschluss:

Wir sind mit unseren Gedanken und unserer Solidarität bei den notleidenden Menschen in der Ukraine und ihrer Regierung. Dieser Krieg findet zweieinhalb Flugstunden von uns statt – mitten in Europa. Dies ist Putins Kries und er erschüttert unseren Kontinent, unser Land und uns ganz persönlich. Putin hat die zivilisierte Gemeinschaft verlassen.

Der 24. Februar 2022 wird sich in unser kollektives Gedächtnis einbrennen – wie der Fall der Berliner Mauer, die Atomkatastrophe von Tschernobyl und die Terroranschläge vom 11. September 2001.

Unsere Solidarität ist mehr denn je gefragt. Zeigen wir uns solidarisch mit den Menschen in der Ukraine, die für den Frieden demonstrierenden Menschen in Russland und unseren ukrainischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Siegen. Dazu gehört, dass unser Land und unsere Stadt sich auf die Aufnahme von Ukrainerinnen und Ukrainern vorbereiten. Dazu gehört auch, dass Menschen russischer Herkunft nicht in Mithaftung genommen und in unserem Land ausgegrenzt werden.

- Wir stehen für ein menschliches und friedliches Miteinander in Freiheit und Demokratie in Deutschland, Europa und der Welt.
- Wir nehmen als Stadt Siegen aus humanitärer Überzeugung zusätzlich Geflüchtete aus der Ukraine auf.

- Wir möchten die, die praktisch und mit großem Engagement helfen im Rahmen unserer Möglichkeiten auch logistisch unterstützen (Vermittlung von Transportmöglichkeiten, gegebenenfalls Bereitstellung von Transportmöglichkeiten)
- Wir begrüßen die große Spendenbereitschaft für die Menschen in der Ukraine auch in unserer Stadt.
- Auch die Mitglieder im Siegener Rat, die diese Resolution unterstützen, werden sich mit Spenden an den Hilfsaktionen für die Ukraine beteiligen.

Der Rat der Stadt Siegen erwartet von der russischen Föderation

- den sofortigen Rückzug von russischen Truppen aus der Ukraine,
- den uneingeschränkten Schutz von Zivilisten,
- die Souveränität der Ukraine zu respektieren,
- unverzüglich an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um den Konflikt friedlich zu lösen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich in diesem Sinne an die russische Botschaft zu wenden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, wenn erforderlich, ukrainische Flüchtlinge gastfreundlich aufzunehmen und für die Dauer ihres Aufenthaltes in jeder Beziehung die nötige Unterstützung zu gewährleisten. Sie wird beauftragt, die notwendigen Vorbereitungen dafür zu treffen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

12. Rat 02.03.2022
